gen auch in seiner Verbindung mit dem großen politischen Kampf der Arbeiterschaft.

Die Arbeiterklasse kann auf die Dauer ihr Lebensniveau nur dann erfolgreich verteidigen, wenn sie den Kampf um den sozialistischen Ausweg aus der Krise aufnimmt. Deshalb gehört die Verbindung der wirtschaftlichen Tageskämpfe mit dem Kampf gegen die faschistische Diktatur zu den wichtigsten Aufgaben der Betriebsräte als Klassenorgane der Arbeiterschaft.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat jahrelang versucht, die Betriebsräte an ihre Politik der Wegbereitung und Unterstützung der faschistischen Diktatur zu fesseln. Sie hat alles daran gesetzt, um den wirtschaftsfriedlichen Charakter der Betriebsräte zu betonen, um ihre Tätigkeit in den Rahmen der Gesetze des kapitalistischen Staates zu pressen, um sie ihres Kampfcharakters als Klassenorgane zu entkleiden. Deshalb trat auch bei den Betriebsrätewahlen ihre Politik der Spaltung der Arbeiterschaft besonders deutlich zutage. Als in Verbindung mit der Herausarbeitung der selbständigen Kampfführung die RGO die Frage der Einheitsfront aufrollte und zur Aufstellung von Einheitslisten überging, da rief das den wütenden Widerstand der gesamten Gewerkschaftsleitungen hervor. Und als der Wille der Arbeiterschaft zur Herstellung der kämpfenden Einheitsfront immer größer wurde, da scheuten sie sich nicht, einen Pakt mit den faschistischen Kräften der Bourgeoisie zur Verhinderung der Betriebsrätewahlen im Jahre 1932 abzuschließen. Auf ihr Betreiben wurde damit eine der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft an die Bourgeoisie ausgeliefert.

In den früheren Jahren ist es der Gewerkschaftsbürokratie nach gelungen, den größten Teil der Gewerkschaftsmitglieder und vor allem der Gewerkschaftsfunktionäre von der Schaffung der breitesten Einheitsfront bei den Betriebsratswahlen fernzuhalten. Bei den letzten großen Streikkämpfen haben aber bereits in vielen Fällen zahlreiche unsere sozialdemokratische Betriebsfunktionäre selbst gemeinsam mit den Funktionären und den Kollegen der RGO den Kampf organisiert und Schulter an Schulter mit ihnen oft im schärfsten Widerstand gegen die Gewerkschaftsbürokratie bis zu Ende durchgeführt. Der Gedanke der kämpfenden Einheitsfront hat unter den Gewerkschaftsmitgliedern und selbst unter zahlreichen unteren Gewerkschaftsfunktionären den breitesten Boden gefunden.

Damit sind die Möglichkeiten zur breitesten Entfaltung der Einheitsfrontaktion, vor allem unter den Gewerkschaftsmitgliedern bei der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen gewaltig gestiegen. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um im Verlaufe dieser Kampagne, in Verbindung mit der Organisierung der täglichen Kämpfe der Belegschaften, Teile der unteren Gewerkschaftsfunktionäre von der Bürokratie loszulösen und in die kämpfende Einheitsfront einzureihen.

Wir Kommunisten, wir Anhänger der RGO, sind die einzigen, die auch bei den Betriebsratswahlen für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf eintreten. Von diesem Gesichtspunkt müssen auch all unsere taktischen Maßnahmen bei der Aufstellung der Betriebsratslisten geleitet sein. Wir führen den Kampf um die Einheitsliste der gesamten Belegschaft auf dem Boden der gemeinsamen Forderungen, um die der Kampf organisiert werden muß, auf dem Boden des gemeinsamen Kampfes gegen faschistische Reaktion und Kapitaldiktatur. Wir fragen dabei nicht nach dem Mitgliedsbuch, das der einzelne Kollege in der Tasche hat. Wir fragen nur danach, ob er gewillt ist, den Kampf um die gemeinsamen Forderungen der Belegschaft zu organisieren. Wir wollen auf diesem Boden alle ehrlichen Arbeiter, ob sie Kommunisten, ob Sozialdemokraten, ob sie Nazi-arbeiter oder christlich oder unorganisiert sind, zum gemeinsamen Kampf vereinen.

Wir kämpfen um die Einheitsliste zur Betriebsratswahl in Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen, in Delegiertenkonferenzen der Großbetriebe und in den Mitgliederversammlungen aller gewerkschaftlichen Organisationen. Wir wollen insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder von der Notwendigkeit der einheitlichen Kampfführung im Betrieb überzeugen. Deshalb werden wir die Initiative für die Durchführung von Gewerkschaftsmitgliederversammlungen in den Betrieben ergreifen und in diesen Versammlungen Anträge auf Beteiligung an der Einheitsliste der Belegschaft einbringen. Dort, wo die überwiegende Mehrheit der Belegschaft freigewerkschaftlich organisiert ist, werden wir den Kampf um die Aufstellung der Liste in der Gewerkschaftsmitgliederversammlung und um ihre Bestätigung und Ergänzung in der Belegschaftsversammlung führen. In jedem Fall werden wir den Kampf gegen die Zusammenschiebung der Betriebsratslisten durch die Beauftragten der Gewerkschaftsbürokratie führen.

So muß die Durchführung der Betriebsratswahlkampagne insbesondere auch zur Stärkung der RGO und zur Stärkung unseres Einflusses in den reformistischen, christlichen und sonstigen Gewerkschaften ausgenutzt werden. Die auf der Einheitsliste gewählten Betriebsräte werden ihre Tätigkeit um so erfolgreicher entfalten können, je fester der Rückhalt ist, den sie in einer starken RGO-Gruppe und den Ausbau der innergewerkschaftlichen Oppositionsbewegung haben.

Es gilt, keinen Moment zu zögern. Mit dem Ende dieses Jahres läuft das von Brüning notverordnete Verbot für die Durchführung von Betriebsrätewahlen ab. Unmittelbar muß die Durchführung der Betriebsrätewahlen im Zeichen der Einheitsfront in Angriff genommen werden, ohne die üblichen Termine der Betriebsrätewahlen im Frühjahr des kommenden Jahres abzuwarten. Das ist um so notwendiger, als die Gefahr besteht, daß die Bourgeoisie erneut versuchen wird, die Betriebsratswahlen zu verbieten. Der Kampf um die Durchführung der Betriebsratswahlen ist eine der unmittelbarsten Aufgaben des Kampfes gegen die faschistische Diktatur.

Angesichts der gewaltigen Bedeutung der Betriebsrätewahl trägt für ihre Durchführung die gesamte Parteiorganisation die größte Verantwortung. Alle Kräfte der Partei und der RGO müssen eingesetzt werden, um den Erfolg der Einheitsfront zu sichern unter den Losungen:

Einheitsfront gegen Lohnabbau und Faschismus. Für Siebenstundentag und Vierzigstundenwoche mit vollem Lohnausgleich, gegen die kapitalistische Rationalisierung. Für uneingeschränktes Koalitions- und Streikrecht. Gegen den Abbau der Sozialpolitik, für Ausbau des Arbeiter- und Angestelltenschutzes, für größeren Schutz der Frauen und Jugendlichen. Gegen freiwilligen Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht. In den Arbeitsdienstlagern Kampf um höhere Löhne und besseres Essen. Gegen den Schleicher-Kurs der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie. Gegen die Eingliederung der Gewerkschaften in die faschistische Diktatur. Keine Stimme dem Hitlerfaschismus, dem Organisator des Streikbruchs und Unterstützungsraubs. Gegen imperialistischen Krieg und Versailler Diktat. Für die Verteidigung der Sowjetunion. Für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes. Für Arbeitermacht und Sozialismus!

Neues Schreckensurteil

Die große Strafkammer des Landgerichts fällte ein neues Schreckensurteil. Der Arbeiter Willy Kranz wurde zu 10 Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt, weil er angeblich Erwerbslose dazu veranlaßt haben soll im Gemeindewald Holz zu holen. Das Gericht tagte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Obwohl die Terrornotverordnung aufgehoben wurde, ist das Urteil auf Grund der Terrornotverordnung gefällt.

Nazitüberfälle in Hamburg

In Altona kam es gestern zu neuen Ueberfällen der SA auf KPD- und SPD-Verkehrslokale. Die Nazibanditen überfielen erhaltenen Mieter der Konsumgenossenschaft. Sie hauten wie die Tiere. Mit der Axt zerschlugen sie sämtliche große Fensterscheiben von vier Genossenschaftshäusern. Außerdem demolierten sie zwei Vereinslokale der Kommunisten. Die Polizei tat nichts dagegen. Die Arbeiter stellten die Nummer des Autos fest, in welchem die Banditen gekommen waren.

Schleichers drakonische Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei

Dresdner Volkszeitung als Denunziant im Dienste Schleichers. Verteidigt eure Partei!

In seiner Rundfunkrede hat Schleicher drakonische Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei angekündigt und in der letzten Notverordnung sind alle Türen offen gelassen, um mit den brutalsten faschistischen Unterdrückungsmethoden die Kommunistische Partei zu treffen. Diese drakonischen Maßnahmen Schleichers verschärfen sich bereits von Tag zu Tag.

Die Berliner Börsenzeitung meldet unter dem 20. Dezember, daß die Polizei in Gotha eine Delegiertenkonferenz von Funktionären, Erwerbslosen und Betriebsarbeiter auflöste. Dabei wurde unter Bruch der Immunität der kommunistische Landtagsabgeordnete Rödel verhaftet.

In Mannheim drang am Montag, dem 20. Dezember, die Polizei in das Sekretariat der Roten Hilfe ein und beschlagnahmte Schriftstücke und Lebensmittel, die für die politischen Gefangenen bestimmt waren.

In Heldrungen (Mitteldeutschland) erschienen am 17. Dezember drei Polizeibeamte in einer Funktionärkonferenz der Partei und erklärten vom Bürgermeister den Auftrag zu haben, die Versammlung zu überwachen und die Namen der Anwesenden festzustellen.

In einem Artikel „Deutschland unter rotem Terror" hetzt die Berliner Börsenzeitung und erklärt: „Es besteht kein Zweifel, daß energisch durchgegriffen werden wird, wenn diese Symptome (damit sind die Aktionen der hungernden Erwerbslosen gemeint, die angeblich von der KPD organisiert seien) sich häufen sollten." Im Anschluß daran wird gesagt, daß der Gedanke einer antibolschewistischen internationalen Konferenz in den Vordergrund gerückt sei und daß man in allen Ländern das Verbot der Kommunistischen Partei durchführen müsse.

Die Dresdner Volkszeitung hetzt in derselben Linie wie die Berliner Börsenzeitung gegen die Kommunisten. In ihrer Nummer vom 20. Dezember schreibt sie:

„Noch haben sich die Zuchthaustore für die Opfer des politischen Kampfes nicht geöffnet und schon sind die Nazis und Kommunisten wieder an der Arbeit, den Richtern neue Opfer und den Gefängnissen neue Zufuhr zu liefern."

Und dann folgt eine wüste Hetze gegen die Kommunisten. Sie liefern Schleicher Material gegen die KPD und verlangen, daß die Kommunisten ihren unversöhnlichen Kampf gegen die faschistische Diktatur einstellen, indem sie sagen: „Eben hat ihnen (den Kommunisten) der Kanzlergeneral den schärfsten Kampf angesagt, was verantwortungsbewußte Parteiführer zu besonderer Klugheit und Vorsicht mahnen müßte."

Am Sonnabend berichteten wir, daß sich in der Zittauer Gegend streikende Erwerbslose Kohlen von den Kleingewerbetreibenden der LTGW geholt haben. Die Dresdner Volkszeitung vom 21. Dezember denunziert nun im Interesse der Schleicherdiktatur „das verbrecherische Treiben unverantwortlicher Kommunistenführer". Und dann heißt es weiter:

„Ein KPD-Führer war nicht zu sehen. Die Straßendemonstrationen überließ man den aufgehetzten und aufgeputschten Massen. Sich selbst bringt man in Sicherheit."

Daß in dieser unglaublichen Hetze gegen die Kommunistische Partei die Sozialfaschisten auf einer Linie mit den Börsengewaltigen stehen, zeigt ganz klar die Berichterstattung über einen Hungermarsch Münchner Erwerbsloser. Im „Eigenen Drahtbericht" meldet die Volkszeitung, daß sich um die Mittagsstunde Tausende vor dem Münchner Rathaus ansammelten, während die kommunistischen Führer nicht an der Demonstration teilgenommen hätten. „Sie hatten sich vorsorglich zur gleichen Stunde in den Räumen ihrer Bezirksleitung zu einer „Sitzung" versammelt."

Fast wörtlich schreibt die Börsenzeitung:

„Ganz besonders vorsichtig war die Bezirksleitung der KPD, die gerade zur Mittagszeit eine „wichtige Sitzung" in ihrem Büro abhielt."

Diese Beispiele beweisen, daß in einer Linie mit den brutalsten Vertretern der Bourgeoisie die SPD-Presse Schleicher das Material für seine drakonischen Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei, die einzige, die den Massen den Ausweg aus Hunger und Elend zeigt, liefert. Das ist auch eine Form der Unterstützung der Schleicherdiktatur durch die Sozialfaschisten.

Die oben angeführten neuen Terrormaßnahmen gegen die Kommunistische Partei, die Verhaftung unseres Genossen [illegible], Mitglied unseres Zentralkomitees, sind Signale weiterer schärfster Angriffe gegen unsere Partei. Um so fester müssen und werden sich die Massen der Arbeiter um die KPD schließen. Sie müssen in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Gewerkschaften den schärfsten Kampf nicht nur gegen die Schleicherdiktatur, sondern auch gegen die sozialfaschistischen Helfershelfer und Lakaien Schleichers organisieren. Arbeiter! Schützt und verteidigt eure Partei!

Hitlers SA-Leute rebellieren

Massenaustritte aus der SA Rödertal

Großröhrsdorf, 21. Dezember 1932.

Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wurde, ist es in der Sturmabteilung Rödertal zur offenen Spaltung gekommen, die in engstem Zusammenhang mit den Differenzen Hitler-Strasser steht. Von der aus 15 Mann bestehenden SA sind acht Mann ausgetreten, unter ihnen auch der erst am 17. November ins Stadtparlament gewählte Pg. Hauke. Höchstwahrscheinlich werden sich die Ausgetretenen zur Strasserfront schlagen.

Wie weit die Zersetzungserscheinungen in der aus unterbezahlten Kadavergehorsam gebildeten SA bereits gehen, zeigte sich an einem kürzlich in Hennersdorf bei Kamenz angesetzten Feldgottesdienst der SA, zu dem die SA-Leute aus der ganzen Umgebung befohlen waren. Ein einziger SA-Mann war erschienen.

Jetzt heißt es, diese Zersetzung auszunutzen, um die proletarischen Elemente aus den Reihen der faschistischen Massenrevolution für den Kampf ihrer eigenen Klasse zurückzugewinnen.

Hitler und Strasser, beide sind Agenten der Bourgeoisie. Wer gegen Borsienhyänen, Trustkapitalisten und Junker kämpfen will, gehört in die rote Einheitsfront des Proletariats!

Als Severing nicht einmal „Zip" sagte

Die sozialdemokratische „Chemnitzer Volkstimme" vom 20. Dezember erinnert an den folgenden Ausspruch, der Severing auf dem Kieler SPD-Parteitag 1927 machte:

„Wenn die friedliche Entwicklung auf sozialem und politischem Gebiete durch faschistische Anläufe oder Diktaturgelüste des Kapitalismus unter Gewaltanwendung gestört werden sollte, haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht ebenso zur Gewaltanwendung zu greifen. (Beifall und Händeklatschen.) Dann wünsche ich nur, daß wir . . . nicht so schwach sind wie die sächsische Partei, die im Jahre 1923 auf die Wegnahmen des Militärs nicht einmal „Zip" sagen konnte."

Das Chemnitzer SPD-Blatt erinnert daran, daß die „linken" Phrasen den Anschein einer Opposition gegen den Parteivorstand zu geben und so die wachsende Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter aufzufangen.

1923 haben Ebert und Seeckt (mit Schleicher an führender Stelle) die Reichsexekution durchgeführt und am 20. Juli 1932 hat das faschistische Regime der Papen-Schleicher die Staatsaktion in Preußen durchgeführt. In der Tat haben die SPD-Führer weder 1923 in Sachsen noch 1932 in Preußen [illegible] gesagt, sondern kapituliert. 1923 hat die SPD der Koalition den Steigbügel gehalten und 1932 dem Faschismus in letzter Entfaltung den Weg bereitet.

Die sozialdemokratischen Arbeiter können gegen das faschistische Schleicherregime, das die SPD heute als „kleineres Uebel" tolerieren, nur kämpfen durch die proletarische Einheitsfrontaktion an der Seite der Kommunisten.

Beschluß unseres 3. Bezirksparteitages:

Thälmann-Aufgebot!

Wie dieser Beschluß durchgeführt wird, davon hören wir noch viel zu wenig!

Berggießhübel meldet:

Ein Betriebsarbeiter, Betriebsratsvorsitzender, 30 Jahre lang in der SPD organisiert, für die Partei gewonnen.

Wir wissen, daß dies nicht das einzige Beispiel für die Erfüllung des Thälmann-Aufgebotes ist. Aber diese Arbeit muß zweifellos noch verstärkt werden.

Gewinnt neue Betriebsarbeiter für unsere Partei!

Erfüllt die euch gestellten Aufgaben des Thälmann-Aufgebotes!

Wir grüßen die befreiten Opfer!

Die Haft ist beendet, die Hungerstrafe folgt. Gebt für die Winterhilfe der Roten Hilfe!

Morgen und in den nächsten Tagen werden viele unserer Besten, die der Aufstand des werktätigen Volkes gegen die fürstlichen Urteile der Sonder- und übrigen Klassengerichte den Klauen der Justiz entrissen hat, in den Kreis ihrer Familie und der Millionen ihrer proletarischen Freunde zurückkehren. Sie haben in monate- und jahrelanger Kerkerhaft den Mut und den Glauben an die Sache des Sozialismus nicht sinken lassen, sie bewährten sich noch hinter den Gittern als Agitatoren der unsterblichen Idee der proletarischen Befreiung, und so schallt ihnen, so erschallt den im Feuer des Klassenkampfes gestählten Genossen und Genossinnen brausend der Kampfruf entgegen: Rot Front!

Sie kehren in die Schleicher-„Freiheit" zurück. Sechs Wochen lang sollen sie keine Arbeitslosenunterstützung erhalten! So schreiben es die amtlichen Bestimmungen vor, wenn die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen vor ihrer Verhaftung in Arbeit gestanden haben. Ja, diejenigen, die es am schlimmsten hatten, die länger als drei Jahre inhaftiert waren, haben überhaupt keinen Anspruch auf Unterstützung mehr. Die Haft ist beendet! Die Hungerstrafe folgt.

Hier muß das werktätige Volk aller Schichten zeigen, was es an Solidarität für seine amnestierten Brüder zu leisten vermag. Hier müssen die Sammlungen für die Winterhilfe der Roten Hilfe in größtem Umfange unterstützt werden, diese Sammlungen, die vor allem auch den vielen, vielen zugute kommen, denen die Teilamnestie die Kerkertüren auch weiterhin versperrt.

Wenn der geistige Vormärz die Unverschämtheit besitzt, die Teilamnestie als einen „Erfolg der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion" hinzustellen, so muß man diese Lüge, diese schamlose Selbstbewedelung, dieses Brüsten mit den Federn anderer niedriger hängen.

Noch vor einem halben Jahr hat die SPD im Preußischen Landtag ein Amnestiegesetz, durch das neben ein paar Dutzend Nazis viele tausend antifaschistische Kämpfer in Freiheit kommen sollten, rundweg abgelehnt.

Ja, die SPD stimmte mit den Nazis zusammen dem von der NSDAP beantragten Ausschluß der faschistischen Arbeitermörder von der Amnestie nieder. Als das Amnestiegesetz trotzdem vom Landtag gegen die Stimmen der SPD angenommen wurde, hat die Mehrheitspartei dafür gesorgt, daß der Preußische Staatsrat die Teilamnestie wieder zu Fall brachte. Aber weiter:

Ueber die Hälfte der jetzt amnestierten Arbeiter und Arbeiterinnen sind unter der Herrschaft Karl Severings und Otto Brauns gefangen gesetzt worden.

Sie wurden von der sozialdemokratisch kommandierten Polizei den Klassenrichtern ausgeliefert. Und noch in den vergangenen Wochen, noch unter der Papenherrschaft und heute unter dem Schleicherregiment lassen die sozialdemokratischen Polizeibehörden vom Schlage Zörgiebels, Schönfeldters, Melers, Stettin Noskes, Hannover, usw. Arbeiter zu Hunderten verhaften und machen sie zu Objekten der Justiz. Die SPD erwies sich als die Kerkermeisterin des Proletariats und Papen hat den Kurs Ebert-Severing weiterentwickelt und verschärft. Niemand wird das vergessen.

Die jetzt Befreiten werden selbst die Wahrheit in das ganze Land schleudern, die Wahrheit: daß nur der Kampf der Kommunistischen Partei und der Roten Hilfe und ihre Formierung der proletarischen Einheitsfront jene Massenstimmung erzeugte, unter deren Druck wenigstens eine teilweise Amnestie durchgeführt werden mußte.

Jetzt lautet der Ruf der Arbeiterklasse: Heraus mit allen proletarisch-politischen Gefangenen!

Alle politischen Gefangenen,

die in diesen Tagen aus dem Kerker kommen, sollen sich, soweit es sich um Genossen und revolutionäre Arbeiter aus Dresden und Umgebung handelt,

bei der Roten Hilfe melden und zwar im Sekretariat, Columbusstraße 9.